

des technischen Kommunikationssystems“ wünschten zwar 46 Prozent der Befragten eine ärztliche Fernkonsultation, und 32 Prozent waren bereit, sich künftig über Waren und Preise durch elektronische Kataloge der Firmen und Kaufhäuser zu informieren. Aber lediglich zehn Prozent wollten für solchen Fortschritt mehr als fünf Mark im Monat bezahlen.

INVESTITIONSLENKUNG

Weisheit des Staates

Auf dem anstehenden Mannheimer Parteitag will die SPD-Linke Pläne durchsetzen, die auf Abbau unternehmerischer Entscheidungsfreiheit abzielen.

Den Delegierten des schleswig-holsteinischen SPD-Parteitages in Bad Oldesloe erklärte der Landesvorsitzende Günther Jansen am 20. September, woher die ökonomischen Krisen kommen. Sie werden „von einem kapitalistischen Wirtschaftssystem verursacht, das die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht befriedigen kann und will“. Jansen sagte auch, warum das so ist: „weil die mächtige Minderheit der Privilegierten und ihre politischen Interessenvertreter dieses verhindern“.

Ein Gastredner aus dem SPD-Bezirk Hessen-Süd, der Professor für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Aachen Karl Georg Zinn, nannte als Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die falsche Verteilung der Einkommen: „Weil zu wenige zu viel Macht und Eigentum haben, sind viele unterversorgt und arbeitslos.“ Zinn, einer der führenden Nationalökonom der sogenannten Neuen Linken, brachte seine Erkenntnisse auf den streng wissenschaftlichen Generalnenner: „Geld- und Besitzgier sind sozusagen die äußere Fratze der profitwirtschaftlichen Verhältnisse.“

Es geht wieder rund bei den SPD-Linken. Wenige Wochen vor dem Mannheimer Bundesparteitag brachen erneut die Auseinandersetzungen zwischen dem gemäßigten Flügel und den Theoretikern auf, die bei Bezirksparteitagen in Gießen (Hessen-Süd), Bad Oldesloe und Dortmund (Westliches Westfalen) mit großen Mehrheiten verstärkte staatliche Planung und weniger Unternehmer-Souveränität verlangten.

Im Zentrum der Auseinandersetzungen steht das Reiz- und Streitwort Investitionslenkung; dabei geht es um die Frage, inwieweit der Staat, die Parlamente und gewählte Arbeitnehmervertreter direkten Einfluß auf die Investitionsentscheidung wichtiger Industrien nehmen sollen. Die Linken, überwiegend Jungsozialisten, begründen die Notwendigkeit direkter Eingriffe mit der Unfähigkeit der Kapitalisten, eine

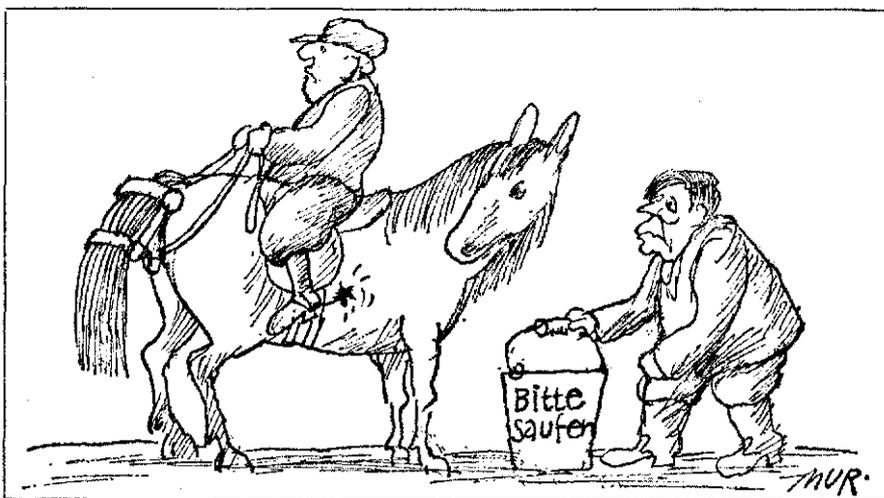
die „Vollbeschäftigung sichernde Investitionsquote (zu) gewährleisten“ (Ulrich Steger, Vorstand Westliches Westfalen).

Demgegenüber hält der Flügel der Marktwirtschaftler in der SPD an dem vorherrschenden System indirekter Lenkung fest. Zum zentralen Streitpunkt wurde die Ziffer 2.6.5. des Entwurfs zum sogenannten Orientierungsrahmen '85, der den Delegierten in Mannheim zur Abstimmung vorgelegt wird und „mehr Klarheit verschaffen soll, was insgesamt an Problemen vor uns liegt und welche Lösungsmöglichkeiten erkannt und angestrebt werden“.

In dem Kapitel „Markt und Lenkung“ des OR '85 hatten die Autoren des Papiers, an ihrer Spitze der niedersächsische SPD-Chef Peter von Oertzen, das Parteivorstandsmitglied Horst Ehmke und der wirtschaftspolitische Sprecher der Bonner SPD-Fraktion, Herbert Ehrenberg, sich auf eine

Mit ihren Vorschlägen setzen die Sozialdemokraten die Politik investitionslenkender Maßnahmen fort, ohne die auch zu Ludwig Erhards Zeiten keine Regierung auskam. Die Kette indirekter Eingriffe in das Marktsystem reichte von Steuervergünstigungen (etwa für den Wohnungsbau) über Abschreibungserleichterungen (für Investitionen im Zonengrenzgebiet, in Schiffbau und Luftfahrt) bis hin zu Zinssubventionen für den Sozialen Wohnungsbau und Investitionsprämien in jüngster Vergangenheit. Eine reine, von lenkenden Eingriffen staatlicher Rahmenpläne freie Marktwirtschaft gab es praktisch nie, sie war stets ein Mix aus Individualfreiheit und staatlicher Rahmenbindung.

Dieses Mischsystem paßt den Linken nicht, weil trotz aller lenkenden Staatsingriffe immer noch die Unternehmer das letzte Wort haben, welche Fabriken gebaut und welche Güter hergestellt werden. Die wichtigste Richt-



Die Zeit

Am Investitionslenker

durchweg indirekte staatliche Investitionslenkung geeinigt.

Grundsätzlich sollen nach dem Entwurf private Investitionen durch ein System von staatlichen Anreizen oder Verweigerungen in eine Richtung gelenkt werden, die den mittelfristig für richtig erkannten Zielen der Regierenden entspricht. Zu den Instrumenten der Lenkung zählen etwa Landesentwicklungspläne und ein Bundesraumordnungsprogramm, die zu einem langfristigen staatlichen Infrastrukturkonzept ausgebaut werden sollen. Nur im Notfall, wenn „strukturelle Fehlentwicklungen“ auftreten, wollen die Autoren auch direkt wirkende Mittel „erproben“, beispielsweise Anzeigepflicht für bestimmte Investitionen, Feststellungsverfahren autorisierter öffentlicher Planungsträger, ob und in welchem Umfang Investitionen schädliche Folgen haben, sowie Investitionsauflagen und sogar Investitions- oder Produktionsverbote.

schnur der Entscheidung ist der Gewinn — oder sollte es jedenfalls sein. Hohe Gewinne werden freilich nur in jenem Bereich erzielt, wo die Konsumenten durch eine hohe Nachfrage Bedarf signalisieren. Die Signale, so behaupten die Linken ohne stichhaltige Beweise, funktionieren nicht oder seien manipuliert, etwa durch Werbung.

Freilich würden Deutschlands Neulinke auch eine vollendet funktionierende Marktwirtschaft niemals akzeptieren. Denn es stört sie, daß nur die Bürger, die auch Geld haben, Bedürfnisse anmelden können. Die Abstimmung an der Ladenkasse scheint ihnen inhuman und tief verderbt. Sie wollen die unsichtbare Hand des Marktes in allen wichtigen Bereichen ersetzen durch ein „demokratisches parlamentarisches Abstimmungsverfahren“ (der Frankfurter Jusso-Nationalökonom Professor Werner Meissner).

Theoretisch, so der liberale Schweizer Nationalökonom Peter Bernholz,

könnten die Konsumenten in geheimer Wahl bestimmen, wieviel sie von allen Gütern, die produziert werden können, hergestellt sehen möchten. Dabei, so sagt Bernholz, würde im Prinzip genau das gleiche Ergebnis herauskommen wie in einer Marktwirtschaft mit völlig gleicher Einkommensverteilung. Freilich eines fiele weg: der Eigennutz als Motor des Wirtschaftswachstums, und überdies gäbe es für die Unternehmer keinen Zwang, Arbeit und Kapital möglichst sparsam einzusetzen.

Anders als die westdeutsche Linke, die Profite für niederträchtig hält, hat deshalb der polnische Nationalökonom Oskar Lange, der auch bei bürgerlichen Volkswirten als ein Gelehrter von Rang gilt, immer darauf beharrt, daß es auch in einer gelenkten Wirtschaft Gewinne geben muß. „Der Gewinn“, so schrieb Lange, „dient als Stimulus zur Erfüllung der Planaufgaben und als Prüfstein für das Handeln nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip.“ Denn Lange, der anders als die westdeutschen Akademie-Jusos als Planungs-Kommissar in seinem Heimatland auch praktisch tätig war, hat erfahren, daß Gewinne wirkliches Anzeichen dafür sind, ob ein Unternehmen sparsam mit Geld und Arbeitsstunden umgeht.

„Den kalten Stern der Knappheit“ (so der britische Ökonom John Maynard Keynes), der über gelenkten wie freien Volkswirtschaften gleichermaßen scheint und zum Haushalten zwingt, haben die Linken freilich nicht im Visier. Selbst in der jetzigen Krise, in der zu wenig investiert wird, plagt sie die Idee, die Unternehmer könnten zu viele oder falsche Güter herstellen.

Die Technik der Investitionslenkung, die sie in ihren unzähligen Papieren entwickelten, geht selten vom Mangel, meist vom Überfluß aus. Neben den Bedarfsplänen, die in einem Abstimmungsverfahren unter paritätischer Mitwirkung von Unternehmer-, Arbeitnehmervertretern und Politikern entwickelt werden sollen, wollen die Investitionslenker vor allem darauf achten, daß „keine Überkapazität in gewissen Branchen“ entsteht. Durch ein „abgestuftes Genehmigungsverfahren“, das auf einem Investitionsmeldeamt (Meissner: „zunächst so ähnlich wie das Kartellamt“) vorgenommen wird, soll überdies sichergestellt werden, daß die Umweltbelastung gering bleibt und außerdem Strukturkrisen wie in den vergangenen Jahren im Textil- und Baubereich vermieden werden.

Wie das funktionieren soll, weiß von den Urhebern des Vorhabens niemand mit einleuchtenden Argumenten zu sagen, denn es gibt kein funktionsfähiges Modell direkter Investitionslenkung, das die Kapitalströme besser leitet als das angeblich chaotische und unsoziale Gewinnprinzip.

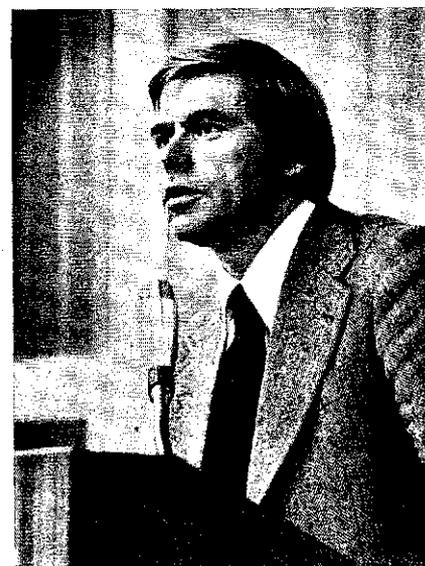
Diejenigen, die den Rahmenplan und die Einzelquoten für die wichtigen Branchen festsetzen und die Genehmi-



SPD-Linker Zinn
Verteilung statt Profit

gungen verteilen oder versagen, verfügen nämlich keineswegs über ausreichende Daten, die eine verlässliche globale oder sektorale Bedarfsschätzung — die zudem auch noch abhängig ist von politischen Wertungen — gestattet. Zudem sind die Erfahrungen mit staatlich gelenkter Wirtschaftstätigkeit etwa bei Verkehr, Schiffbau und regionaler Wirtschaftsförderung nicht dazu angeht, hier auf den Joker der Rationalität zu hoffen.

Schon seit langem versucht der Staat, die ökonomischen Strukturen durch Förderprogramme zu verbessern, freilich ohne großen Erfolg. Denn welche Branchen wirklich wachstumsträchtig sind, ist schwer voraussehbar. Die Experten des Kieler Weltwirtschaftsinstituts, die seit Jahren Branchen-Prognosen versuchen, mußten im-



SPD-Linker Meissner
Demokratie statt Markt

mer wieder feststellen, daß sie nur genau wußten, welche Branchen schrumpfen werden.

Das Bundeswirtschaftsministerium, die Sachverständigen zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und ein halbes Dutzend Konjunkturforschungsinstitute verwenden seit Jahren die allergrößte Mühe darauf, verwertbare Aussagen über die Zukunft zu machen, meist mit ziemlich entmutigenden Ergebnissen.

Auf einem Symposium über die Investitionslenkung, zu dem die Sozialdemokraten am vorletzten Wochenende nach Berlin geladen hatten, warnte der Dortmunder Nationalökonom Professor Werner Zohlnhöfer, das Risiko von Fehlinvestitionen sei bei vorausschauender Gesamtplanung „erheblich größer als bei dezentraler Steuerung über dem Markt“, weil die Fehlbeurteilungen eines staatlichen Lenkungs-instrumentes wegen der kumulierenden Wirkung weitaus verheerendere Folgen haben würden als die falsche Entscheidung einzelner Unternehmen.

Zudem warnt Zohlnhöfer, die „Ex-ante-Koordination der Investitionen“ sei „methodisch anfechtbar, solange dem Wettbewerb noch eine nennenswerte Steuerungsfunktion zubedacht ist“. Tatsächlich ist schwer vorstellbar, wie die Verbraucher noch in den Genuß niedriger Preise kommen, wenn Politiker und Unternehmer im Vorwege festlegen, was und wieviel höchstens produziert werden darf. Die Unternehmen würden, so Zohlnhöfer, ihren „Informationsvorsprung strategisch einsetzen“ und ihre Meldungen an den Investitionsrat „frisieren“.

Da es zudem kein einheitliches Verfahren gebe, aus nicht zusammenhängenden Einzelmeldungen der Unternehmen eine „Gesamtprognose zu konstruieren“, werde bei der Herstellung der Pläne „politisches Tauziehen und Kompromißbildung den Ausschlag geben“ (Zohlnhöfer).

Schließlich möchte der Bezirk Westliches Westfalen in einer volkswirtschaftlichen Rahmenplanung „Zielgrößen“ nicht nur für Investitionen, sondern auch für den Konsum festsetzen. Damit aber wäre dann auch die Höhe der Löhne und Gehälter festgeschrieben, die Tarifautonomie der Gewerkschaften — immerhin ein Grundrecht — wäre beseitigt.

Im britischen „Guardian“ gab Kanzler Schmidt den Genossen in Frankfurt und Dortmund letzte Woche die Antwort in einem Dreisatz: „Ich glaube nicht an die Investitionslenkung durch den Staat. Ich glaube nicht an das Wachstum der Bürokratie. Ich glaube nicht an die ökonomische Weisheit des Staates hinsichtlich des Managements in der Wirtschaft.“ Wirtschaftsminister Friderichs sagte es kürzer. Er bezeichnete die Antragsteller als „Neunmalklug“.